



# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabakt nach Tarif, der jedoch bei dringl. Eintreib. od. Konkursen billiger wird. Erschließungsort Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 15 Pfg., die Kleinanzeige 40 Pfg. Erschein. wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 RM., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 376 | Altensteig, Mittwoch den 25. November 1931 | 54. Jahrgang

### Rede Grandis in Neuhort

Neuhort, 24. Nov. Der italienische Außenminister Grandi be- suchte Pierpont Morgan in seinem Heim in Lamont. Abends hielt Grandi auf einem Festessen des Council Foreign Relations, einer im politischen Leben Amerikas einflussreichen privaten Körperschaft, eine sorgfältig vorbereitete Rede über die italienische Außenpolitik. Grandi ging davon aus, daß das Welt des euro- päischen Wiederaufbaus durch schwere Fehler beeinträchtigt worden sei. Die vier Hauptprobleme, die die Welt zu lösen habe, seien die Frage der Kriegsschulden, der Sicherheit der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Italien halte an dem Grundsatz fest, daß die Tributfrage nicht von der Frage der inter- nationalisierten Schulden zu trennen sei. Italien werde stets eine möglich großzügige Lösung des Kriegsschuldenproblems befür- worten und sei bereit, angemessene Opfer zu bringen, falls solche verlangt würden. Ein fester und dauerhafter Friede sei nur auf der Grundbasis nationaler Sicherheit möglich, aber diese Sicher- heit könne, wie Grandi in deutlichem Gegensatz zur französischen These hervorhob, von der friedlichen Beilegung der internatio- nalen Streitigkeiten und von der Abrüstungsfrage ab. Es gebe kein Sicherheitsproblem, das sich von dem Problem der Ab- rüstung unterscheidet. Erst die übermäßigen Rüstungen hätten das Sicherheitsproblem geschaffen und gleichzeitig den Gerechtig- keitsanspruch unter den Völkern abgestumpft. Italien sei bereit, seine Rüstungen zu vermindern und seinen Verreschauhalt auf das niedrigste Maß herabzusetzen, wenn ein gerechter Ausgleich in der militärischen Stärke der einzelnen Nationen geschaffen werde. Ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden.

### Das Wirtschaftsprogramm der Regierung

Eine Medizin — aber kein Radikalmittel

Der Wirtschaftsbeirat der Regierung hat seine Arbeiten beendigt. Nun kann wieder die Notverordnungsmaschine arbeiten. Die Veröffentlichung der neuen Bestimmungen, die der deutschen Wirtschaft über die dringendsten Schwie- rigkeiten hinweghelfen soll, erfolgt noch vor dem 7. De- zember, weil bei dem Zusammentritt des VZ-Kausschusses in Basel ein innerdeutsches Programm fertig vorliegen soll. Nur so glaubt die deutsche Regierung, zu positiven Ver- handlungsergebnissen kommen zu können, obwohl diese auch nicht in Basel zustande kommen werden, sondern erst später im Wege der Verhandlungen.

Statt einer Krisenlösung durch entscheidende Beschlüsse wird also der augenblickliche Zustand, der durch die Er- gebnisse der letzten Zeit noch weiter verschärft worden ist, weiter fortgeschritten. Nach Abschluß der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat zeigt sich, daß alle hier vereinten Ver- treter gar nicht daran gedacht haben, unter dem Gesicht- punkte des Wohles des Ganzen zu beraten, sondern daß auch der Wirtschaftsbeirat im Kleinen ein Bild der sozialen Zerrissenheit unserer Zeit gab.

Brünning blieb nichts anderes übrig, als eine mittlere Linie einzuhalten. Er wird jedem etwas nehmen — und, was das Schlimmste ist — niemandem etwas geben. War darum der ganze Aufwand nötig, um als Schlussergebnis eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu präsentieren? Jene Steuer, die nur deshalb im Sommer noch nicht erhöht worden ist, um für schlechte Zeiten noch eine letzte Reserve zu haben. Alle übrigen Programmpunkte stellen keine Ra- dikallösung dar. Mit Pfänderchen, wie Einschränkung der Arbeitszeit, Förderung der Siedlungen, einer noch nicht bekannten Auflockerung der Tarife, soll der totfranke Kör- per der deutschen Wirtschaft geheilt werden.

Aber im selben Augenblick, da der kranken Wirtschaft ein Betäubungsmittel eingegeben wird, ziehen sich drohende Wolken am Wirtschaftshorizont zusammen. In der ganzen Welt werden Zölle rapide erhöht. England ist voran- gegangen, Amerika schreitet zu Gegenmaßnahmen, Fran- reich schließt sich dieser Bewegung an, Schwe- den droffelt den Import durch scharfe Devisenkontrolle. Diese oder ähnliche Maßnahmen werden in fast allen euro- päischen Ländern ergriffen. Damit wird dem deutschen Ex- port alles Wasser abgegraben. Seit dem 1. Juli erlebten wir eine ständige Exportsteigerung, die aber nicht in einer mengenmäßigen Zunahme der exportierenden Güter be- stand, sondern vielmehr auf einer scharfen Drofflung der Einfuhr beruhte, die einen ganz empfindlichen Rückgang erfahrung hat. Während sich andere Länder gegen die Maß- nahmen Englands durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu wehren suchen, würde das für Deutschland kaum einen Sinn haben, da die Importzahlen im Vergleich zu den Exportzahlen mit einem großen Aktiosaldo für Deutsch-

land abzuhängen, so daß fremde Industriestaaten auf den Export nach Deutschland gern verzichten werden, wenn sie dafür den deutschen Export verdrängen können.

13 Jahre nach Kriegsende sind wir nun so weit gekom- men, daß statt einer allgemeinen internationalen Annähe- rung eine Abkühlung aller Staaten eingetreten ist. Der Weltmarkt erlahmt und wird fast völlig zum Erliegen kommen. Das bedeutet nicht allein eine Katastrophe für die Schiffahrt aller Länder, das muß auch zu den größten Schwierigkeiten in den einzelnen Staaten führen. Deutsch- lands Situation ist deshalb besonders heftig, weil über ihm noch immer das Damoklesschwert der Reparationszah- lungen und die riesige Privatverschuldung schwebt. Die Gläu- diger fordern Befriedigung, ohne das zu tun, was allein die Begleichung der Schulden ermöglichen würde, Dienst- und Arbeitsleistungen Deutschlands anzunehmen. Es ist so oft darauf hingewiesen worden, daß jede Zahlung Deutsch- lands in fremder Währung nur durch Exportüberschüsse möglich ist, und daß man darauf nicht noch einmal näher eingehen braucht. Wird der Krieg gegen den deutschen Export weitergeführt, so ist dies gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit Deutschlands, seine Schulden zu begleichen. Für die innerdeutsche Wirtschaft muß man leider auch sehr traurig in die Zukunft sehen, da Deutschland als über- wiegender Industriestaat auf den Abzug seiner Waren in anderen Ländern angewiesen ist. Kommt es zu einer völli- gen Drofflung des deutschen Exports, so wird damit das Arbeitsvolumen in Deutschland weiter sinken und die Ar- beitslosigkeit steigen.

### Sozialdemokraten beim Reichskanzler

Warnungen und Forderungen

Berlin, 23. Nov. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeits- minister Dr. Siegelwald bemüht sich, wie man über die Par- teiüberredung hört, Bedenken der Sozialdemokratie zu ent- kräften. Sie betonen in bezug auf die Frage der Lohnentzug im Zusammenhang mit der Erklärung, daß Prelle und Löhne in Uebereinstimmung miteinander abgemessen werden sollen, aber man werde um die Lohnreduzierung schon wegen der durch die enge finanzielle Lage und die ausländischen Forderungen bewirkten Exportschwierigkeiten nicht herumkommen. Was das Tarifrecht anlangt, so bleibt das wesentliche, daß an seinem Grundsatz nicht gerüttelt werde. Es handele sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhält- nisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser hefteten fest, daß ihre Bejorantise durch diese Erklä- rung keineswegs zertrütert seien, und sie erwiderten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck bei ihrer Verordnungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterklasse zu nehmen.

Die eigentlichen Verhandlungen betrafen wiederum die Sicher- ung des Brotpreises und der Preisverhütung, die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen akute Zahlungsschwierigkeiten. Durch Reichsbescheid ist die Reichs- regierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzu- beugen. Seitdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgegebenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Regierung erfolgt wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis in Zukunft sich noch mehr erhöht, verlangte die Sozialdemokratische Fraktion Durch- führung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach längerem Aus- einandergehen mit dem Minister Schiele, laute die Reichsre- gierung diesen zu, daß die Brotkaufel nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden solle und daß außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verbilligung des Roggens vermieden werden soll.

Alsdann verlasen die Jos. Vertreter außerdem über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in ein- zelnen Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilli- gung von Brot, Kartoffeln und Kohle für Erwerbslose wurden von den Jos. Vertretern für nicht ausreichend erklärt, sie ver- langten vielmehr aufs neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Reichsregierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 Pfennig pro Pfund beschliesse.

Schließlich wurde von den sozialdemokratischen Vertretern dar- gelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor Zahlungsunfähigkeit stehe. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notwendigen Anhalten ermöglicht, die Reichsversicherungsanstalten, die der Invalidenversicherung im Vor- jahre aufgegeben worden waren, mit Hilfe des Reiches, so- weit erforderlich, Hilflig machen zu können. Der Reichsfinanz- minister laute seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Abgabenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

### Um die neue Notverordnung

Berlin, 24. Nov. Die Reichsregierung hat einen Kabinettsrat über das Protokoll des Wirtschaftsbeirats abgehalten und die ersten Vorbereitungen für die nunmehr erforderliche Notverord- nung besprochen, die anfangs Dezember erscheinen soll. Aus der Aussprache im Wirtschaftsbeirat hat sich, wenn sie auch nicht zu sehr klaren Ergebnissen geführt hat, doch eine große Fülle prakti- scher Anregungen für die Regierung ergeben, die sich bereits zu Referentenentwürfen verdichtet haben. Infolgedessen hofft man, die Notverordnung ziemlich schnell erledigen zu können. Trotzdem haben die Einzelheiten noch nicht unbedingt fest, und es ist ver- trübt, wenn schon als sicher gemeldet wird, daß die Regierung bereits zu der als letzter Rückhalt gedachten Erhöhung der Um- satzsteuer ertreten wird. Für diesen Fall wird jetzt von einer Er- höhung der Umsatzsteuer sogar auf zwei Prozent gesprochen, wo- mit angeblich ein Mehrertrag von einer Milliarde Mark erzielt werden kann. Außerdem wird von einer Wiedereinführung der Kapitalertragssteuer ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer gesprochen. Vor allem aber dürfte die Regierung versuchen, mit weiteren größeren Einsparungen einen Ausgleich ihres Haus- halts zu erreichen.

### Der Arbeitsmarkt

4,84 Millionen Arbeitslose

Berlin, 24. Nov. Die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats November ist um rund 220 000 auf rund 4 840 000 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 63 000, die der Besitzer der Krisenfürsorge um 30 000 gewach- sen. Von dem vom 31. Oktober gezählten rund 4 623 000 Arbeits- losen im Reich erzielten 17 v. H. keine Unterstützung. Von den zu jenem Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen etwa 66 v. H. auf Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, etwa 34 v. H. auf öffentliche Fürsorge. Im Steinkohlenbergbau des Ruhr- bietes kam in der ersten Novemberhälfte die rückläufige Bewe- gung zum ersten Male seit Monaten zum Stillstand; Entlassun- gen erfolgten nur noch vereinzelt und die Zahl der Feierstichtigen ging zurück.

### Minister Schlange über die Dithilfe

Erläuterungen im Haushaltsauschuß des Reichstages

Berlin, 24. Nov. Der Haushaltsauschuß des Reichstages nahm zunächst Berichte der ständigen Unterausschüsse über Organisation und Betrieb der Dithilfe entgegen. Dann laute Reichsminister Schlange-Schönmann seinen Standpunkt darüber dar, wie er sich für die Zukunft die Lösung der Fragen denke, die für die Wirt- schaft, insbesondere für die Landwirtschaft im Osten gerade jetzt zu Existenzfragen geworden seien. Die von ihm erlassene Notver- ordnung sei von den verschiedensten Seiten angegriffen worden. Eines müsse er hier ausprechen: Wo er vor seinem Eintritt ins

Kabinett die erste Unterhaltung mit dem Reichskanzler gehabt und ihm dargelegt habe, auf welche Weise er eine Aktion im Osten durchführen wollte und daß er es dabei für unbedingt not- wendig gehalten hätte, daß der Reichskanzler einige Monate Ruhe im Lande schaffen müßte, wenn überhaupt irgendeine ge- dehlische Arbeit geleistet werden könnte, da habe der Reichs- kanzler mit einem solchen Verständnis und mit einem solchen guten Willen das, was er ihm über die Agrarfrage dargelegt habe, entgegengenommen und sich mit einer solchen Entschlossen- heit zur Dithilfe erklärt, wo immer sich nur eine Mög- lichkeit dazu böte, daß es geradezu ein triviales Spiel sei, wenn man in der Kaitation draußen im Lande ihm unterstelle, daß er nicht geneigt sei, der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Das, erklärte der Minister, müsse einmal mit aller Offenheit der län- derischen Agitation landwirtschaftlicher und anderer Kreise gegen- über festgestellt werden.

Die Verhältnisse im Osten lägen heute so, daß nicht diejeni- gen Großbetriebe am gefährlichsten seien, die etwa am schließ- testen gewirtschaftet hätten, sondern diejenigen, die am inten- sivsten gewirtschaftet hätten, die also den größten Kapitalum- lauf aufwiesen und damit am stärksten in die Zinsmühle ge- kommen seien. Die Krise beschränkte sich heute nicht nur auf den Grundbesitz, sondern genau so sehr auf die Bauernschaft und auf die Siedler. Während man früher, wenn man von einer großzügi- gen Ostpolitik sprach, eine Besiedlung des Ostens im Auge hatte, sei heute eine rückläufige Bewegung, eine Entsedlung, ein Ab- strömen der Menschen vom Osten festzustellen. Nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus nationalpolitischen Grün- den sei diese Entwidlung unerträglich. Zu der wirtschaftlichen Lage komme noch, daß die Menschen draußen durch parteipoliti- sche Kaitation wild armacht werden, bis sie aus dem Kopf ver-



lieren — und das in einer Zeit, wo es darauf ankommt, die Nerven zu erhalten. Aus diesem Grunde habe er durch die Notverordnung dem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen sich bemüht, daß die Landwirte jeden Tag vom Gerichtsvollzieher bedrängt werden.

Zum Inhalt der Notverordnung übergehend, legte der Minister dar, daß das Gebot der Stunde sei, die Bestellung der Landwirtschaft im Osten sicherzustellen, wolle man nicht Gefahr laufen, daß der ganze Produktionsapparat zum Stillstand gebracht werde mit allen Folgen, die sich nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die ganze staatspolitische Lage unseres Volkes in schlimmster Weise auswirken würden. In den letzten Tagen habe er Verhandlungen mit den Kreisen, die sich durch die Notverordnung betroffen fühlten, gehabt, namentlich mit der Kaufmannschaft, dem Handel und den Genossenschaften, denen er zugesagt habe, daß alle Wünsche, die von dieser Seite vorgebracht werden, berücksichtigt werden sollten, soweit das nur irgend möglich sei. Jetzt handele es sich darum, den Umfang der Stillhaltelaktion zu umreißen. Auf die Mitarbeit der preussischen Landräte könne er dabei nicht verzichten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe, daß die Arbeit der Kommission sich nicht mehr über Jahre, sondern über Monate erstrecken werde. In dieses Tempo hineinzubringen, brauche er den Druck, sowohl auf die Schuldner wie auf die Gläubiger, den die Notverordnung ausübt.

### Neues vom Tage

#### Nationalsozialistische Reichstagsanfrage zum Zusammenbruch der Landendorff-Bank

Berlin, 24. November. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat an die Reichsregierung eine schriftliche Anfrage gerichtet, in der es u. a. heißt: Ist es richtig, daß das Reich der Bank für Handel und Grundbesitz 3 Millionen Reichsmark gegen Sicherheiten über die Dresdener Bank zur Verfügung gestellt hatte? Ist es richtig, daß die Reichsregierung nach dem offenen Zusammenbruch der Bank, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten, der Dresdener Bank eine Summe zur Verfügung gestellt hat und stellen wird? Hat die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder derselben vor oder am 16. Okt. mit der Wirtschaftspartei oder deren einzelnen Mitgliedern über die Stützung der Bank verhandelt? Was wurde von beiden Seiten gefordert und was zugesagt?

#### Nachlässe zu den Hefenwahlen

Frankfurt a. M., 24. Nov. Der Landesverband Deffen der Wirtschaftspartei hat in einer Wahlkreisversammlung einstimmig beschlossen, die hiesigen Wahlen vom 15. November anzusehen. Der Beschluß gründet sich auf die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den hiesigen Wahlen.

Auf der am Sonntag hier stattgefundenen Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Hessens war man übereinkommend der Auffassung, daß der Ausgang der hiesigen Wahlen die Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung entbanden hat und daß diese auf die aus den Wahlen hervorgegangene stärkste Partei überzugehen ist.

#### Reinigung in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Freiburg, 24. Nov. Bei den heute in Donaueschingen stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, die von der nach dem 23. November 1931 beginnenden Lohnwoche ab einen Gehalt für die gelehrten Arbeiter der Gruppe D. in Ortsklasse 1 (Mindestlohn) von 74 Pfennig vorsieht. Die Löhne der übrigen Lohngruppen richten sich nach dem bisher geltenden Schlußel. Die tariflichen Stundenlöhne und die Alterszulagen ermäßigen sich um 6 Prozent, wobei jedoch der tarifliche Mindestlohn nicht unterschritten werden darf.

#### Rückkehr der deutschen Himalaja-Expedition

München, 24. Nov. Vier Mitglieder der deutschen Himalaja-Expedition, Dr. Bauer-Kabura, Hartmann, Dr. Wien und Zent sind von Italien kommend, hier einetroffen. Die Expedition hatte den 9. Versuch zur Besiegung des Kang-Giwets im Himalaja unternommen. In einer Höhe von 7800 Metern wurde die Expedition durch eine unbesiegbare Eismauer am weiteren Vordringen gehindert.

#### Disziplinverfahren gegen die Leiterin der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei

Hamburg, 24. Nov. Der Senat hat gegen die Leiterin der hiesigen weiblichen Kriminalpolizei, Frau Regierungsrat Erlens, das förmliche Disziplinverfahren mit dem Ziele der Entlassung beantragt. Im Sommer dieses Jahres hatten, wie seinerzeit gemeldet, zwei Hamburger Polizeibeamtinnen Selbstmord verübt, was zur Aufdeckung von Missetatsverhalten innerhalb der weiblichen Kriminalpolizei und zu Angriffen gegen Frau Erlens führte. Das vom Senat beantragte Verfahren wird sich auf alle die Einwände erstrecken die im Zusammenhang mit dem Selbstmord der beiden Polizeibeamtinnen gegen das dienstliche Verhalten der Frau Regierungsrat Erlens erhoben worden sind.

#### Die Agitationsanträge der Sanacja — Ueberweisung an den Sozialausschuß

Kattowitz, 24. November. Die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über die Agitationsanträge der Sanacja in der heutigen Sitzung des schlesischen Sejm fand nicht statt, da sämtliche Anträge en bloc dem Sozialausschuß überwiesen wurden. Die Sanacja hatte, wie gemeldet, staatliche Aufsicht der ober-schlesischen Schwerindustrie, Ausweisung der in den ost-schlesischen Werken beschäftigten reichsdeutschen Arbeiter und Beamten, Herabsetzung der hohen Gehälter der leitenden Beamten und die Ernennung eines Kommissars mit weitgehenden Vollmachten zur Regelung der Arbeitslosenfrage gefordert.

Kampf zwischen rumänischen und sowjetrussischen Fischern Bukarest, 24. November. Aus bisher nicht aufgeklärten Gründen fand auf dem Schwarzen Meer ein erbitterter Zusammenstoß zwischen rumänischen und sowjetrussischen Fischerskifflotten statt. Nach den bisher eingetroffenen Nachrichten scheint der Zusammenstoß, der auf stürmischer See erfolgte, zu einem Kampf geführt zu haben, der mit Handwaffen, Kugeln und Haken erbittert durchgeführt worden sei. Auf beiden Seiten sollen mehrere Boote zum Kentern gebracht worden sein. Ob Menschenleben zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden; doch wird gemeldet, daß drei rumänische Fischer gefangen genommen und nach Sowjetrußland geschleppt worden seien.

## Württembergischer Landtag

### Wichtige Regierungserklärungen im Finanzausschuß

Stuttgart, 24. Nov. Im Finanzausschuß des Landtags wurde heute nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte zu den Anträgen des Zentrums und des Bauernbunds Stellung genommen, die sich mit wichtigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Fragen befaßt. Von Seiten des Zentrums wurden die traurigen Verhältnisse in vielen Landgemeinden dargelegt. Alleinlebende Bauernbetriebe seien gefährdet. Größere Bauernhöfe dürften nicht im Konkursverfahren verschleudert werden. Die Viehdiebstahl gingen immer mehr zurück; für Ferkel würden noch 18—19 Pfennig für das Pfund Lebendgewicht bezahlt. Die Obsternte betrage das 5 bis 10fache von dem, was der Erzeuger bekommt. Die Fleischpreise seien viel zu hoch gegenüber den Preisen für Schlachtvieh. Von Seiten des Bauernbunds wurde den Vordrängern zugesagt. Wenig verschuldete Betriebe kämen jetzt unter den Hammer, weil nirgends Geld ausgenommen werden könne. Der Bauer bekomme für die schönste Kuh keinen Anreiz, für eine Kuhhaut kein Paar Schuhe mehr.

Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte, daß die Anträge der Tendenz der württ. Regierungspolitik entsprechen. Was die Finanzfrage anlangt, so sollte man in erster Linie das behandeln, was wir selbst tun können. Verhandlungen mit den Kreditinstituten sind in die Wege geleitet und lassen gewisse Erleichterungen erhoffen. Die Handelspanne hat sich gegenüber den Friedensverhältnissen fast erweitert. Es sind viel mehr Händler vorhanden als früher. Das Rindfleisch ist um 40 Prozent billiger als im Jahr 1927, um 26,3 Prozent billiger als i. J. 1913, das Vieh aber um 40 Prozent billiger. Die Preise für Wurstwaren sind wohl noch zu hoch. Auch bei den Milchpreisen ist die Handelspanne nicht zu hoch, aber nicht wegen des Milchbros, sondern wegen der Milchhändlerorganisation. Die Deflation bringt viele Kreise in Schwierigkeiten. Die Gehalts- und Lohnemässiger, die durch Neubauten, Lebensversicherungen usw. laufende Verpflichtungen zu erfüllen haben, können diesen zum Teil kaum mehr nachkommen. Die Maßnahmen des Diszessionsgesetzes eignen sich nicht für uns. Notwendig ist dagegen die Schaffung eines Vollstreckungsschutzes für lebensfähige Betriebe. Das Geldmangel wird zu einer schweren Gefahr für die gesamte Wirtschaft. Der Absatzförderung wird besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Württemberg hat hierzu Reichsbeiträge erhalten. Die Einfuhr von Vieh und Fleisch beträgt nur noch 1,8 Prozent des Gesamtverbrauchs. Auf dem Gebiete der Holzwirtschaft muß die Reichsregierung Schritte unternehmen. Bei den bisherigen Verhandlungen ist nichts herausgekommen. Ohne Kontingentierung des Holzgangs und der Holzeinfuhr würden die Holzpreise weiter sinken. Die Einfuhr von Holz ist gegenüber dem Voriahr um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen. Nur die Kontingentierung kann helfen. Auch im Ferkel sind 40 Prozent des Holzverbrauchs eingespart worden. Bezüglich der Milchwirtschaft ist in den letzten zwei Jahren viel geschehen. Der Vollerwerbsaufschwung ist vollkommen durchgeführt. Beim Rationalisierungsgesetz wird die Werkmilch schlechter bezahlt als die Bruchmilch. Die Werkmilch müßte besser bezahlt werden. Notwendig ist eine Erhöhung des Futterpreises. Die Währungsverschlechterung in Dänemark und Schweden wirkt sich katastrophal für die deutsche Milchwirtschaft aus. Der Zwangszusammenbruch der gesamten Emmentalerläse-Produktion muß kommen.

Justizminister Dr. Weyerer erörterte die Rechtslage. Fabriks- und Raubvieh, Neu- und Saatgetreide können nicht amansversteigert werden, sofern nicht gleichzeitig eine Verleisung des Grundstückes vor sich geht. Den Gerichtsvollziehern werden entsprechende Anweisungen gegeben. Die Möglichkeiten der Beschleudigung von Vieh usw. zu beschränken, sollten mehr beachtet werden. Schwieriger liegen die Verhältnisse bei Grundstücksversteigerungen. Wenn die Zinsen bezahlt werden, so ist beschleunigt die Kapitalrückzahlungen zu unterbinden. Auch für den kleindauerlichen Besitz muß eine Art Kreditbüchse geschaffen werden, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, sofern es sich um erhaltenswerte Betriebe handelt. In der Diszession ist eine Entschuldungsoption vorgesehen; hierüber muß auch in Württemberg noch verhandelt werden. Auch bei uns ist eine Auffangorganisation notwendig. Die württ. Regierung wird in Berlin konkrete Vorschläge machen.

In die Ausführungen der Minister schloß sich eine umfangreiche Debatte, in der insbesondere auch die Beschränkung der Kaufkraft erörtert wurde. Ferner wurden joll- und handelspolitische Fragen in ihrer Wechselwirkung auf das Ausland und die Industrie besprochen. Hierauf wurden die Anträge des Zentrums und des Bauernbunds, die bereits vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig angenommen.

## Aus Stadt und Land

Altensteig, den 25. November 1931.

Die Wahlvorschlüge zur Gemeinderatswahl in Altensteig liegen nun vor. Es sind nicht weniger als sieben Vorschläge eingegangen und zwar Wahlvorschlüge 1 „Gemeinnutz vor Eigennutz“ und 2 „Mittelstand“, beide von der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei; Wahlvorschlüge 3 „Das arbeitende Volk“, gemeinsam vom Coang. Arbeiterverein und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; 4. Wahlvorschlüge „Kommunistische Partei“; 5. Wahlvorschlüge „Christlicher Volksdienst“; 6. Wahlvorschlüge „Gemeinwohl“ und 7. „Gemeindeinteresse“, beide vom Gewerbeverein Altensteig. — Insgesamt sind 39 Kandidaten aufgestellt. An Auswahl fehlt es also nicht, aber auch sicher nicht an einer bedeutenden Zerplitterung der Stimmen.

Vorsicht bei Bestellung von Bevollmächtigten für ausländische Erbschaften. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Beim Anfall ausländischer insbesondere amerikanischer Erbschaften wenden sich vielfach ausländische Firmen an die deutschen Erbverwalter, um von ihnen zur Einziehung des Nachlasses bevollmächtigt zu werden. Nach den von den amtlichen Stellen gemachten Wahrnehmungen bedingen sich dabei solche Auslandsfirmen oft ungewöhnlich hohe Entschädigungen aus. So hat sich z. B. eine in Paris ansässige französische Firma und ihr Straßburger Vertreter mehrfach zur Vertretung gegen ein Entgelt in Höhe der Hälfte des Nachlasses angeboten. Solche Forderungen werden regelmäßig eine Ueberverteilung der deutschen Erben darstellen. Diese wahren ihre Interessen am besten dadurch, daß sie zur Bestellung eines Bevollmächtigten in einer ausländischen Nachlasssache die Vermittlung der

zuständigen deutschen Auslandsvertretung oder einer als unbedingt zuverlässig anerkannten inländischen Firma in Anspruch nehmen.

Calw, 24. November. (Konkurs.) Ueber die Firma Paul Käufle, Inhaber Paul Käufle, Kaufmann hier, wurde gestern unter Ablehnung eines Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet. — Käufle hatte seinerzeit das Geschäft des Kaufmanns Steudle übernommen und großzügig ausgebaut. Nun ist es den Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen.

Calw, 24. November. (Wahlvorschlüge.) Bis zum Abend des gestrigen letzten Anmeldeabendes waren bei der Calwer Stadtverwaltung sieben Wahlvorschlüge zur Gemeinderatswahl eingegangen. Es sind eingereicht worden: zwei Wahlvorschlüge von der Bürgerpartei und je einer von der Sozialdemokratischen Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, dem Städt. Hausfrauenverein und von parteiloser Seite. Der Wähler wird also reichlich Auswahl haben.

Neudulach, 23. Nov. Herr Oberlehrer a. D. Stahf, welcher der hiesigen Schule über dreißig Jahre lang mit Umsicht und Treue vorgestanden hat, beging vergangene Woche in körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Der Bezirkslehrerverein Neudulach, dessen Vorsitzender der Gefeirte jahrelang gewesen ist, veranstaltete ihm am Samstag im Gasthaus zur „Sonne“ eine schöne Geburtstagsfeier. In verschiedenen Ansprachen kam die Wertschätzung zum Ausdruck, die „Bater Stahf“ im Kreise der Amtsgenossen genießt. Die Glückwünsche des Württ. Lehrervereins überbrachte Amtsgenosse Schöffler aus Stuttgart. Seine Ausführungen über die Schule der alten Zeit ergänzte das Geburtstagsfest in launiger Weise durch Bekanntgabe eigener Erlebnisse aus seiner ersten Tätigkeit als Erzieher in Engelsbrand und Schietingen. Ein sinniges Gedicht der Ehefrau des Jubelgastes beehrte die schöne und hohe Aufgabe des Erzieherberufes. Männerchöre und Geigenmusik, letztere gespielt von den Herren Ricklas aus Breitenberg und Müller von Teinach, sowie Beethovens Mondsheinsonate, die Herr Oberlehrer Rehm von Teinach auf dem Klavier vortrug, rahmten die würdige Feier.

Dornstetten, 23. November. (Tödlicher Unfall.) Gestern ist der 30jährige Schneider Hans Maier an den Folgen eines schrecklichen Unglücks gestorben. Maier war mit dem Zuführen von altem Eisen mittels eines Lastwagens zum Bahnhof Redarhausen für Hartwig Hiller hier beschäftigt. Er hatte sich auf das beladene Auto gesetzt und wurde heruntergeschleudert. Ein Eisenstück drang ihm dabei tief in den Rücken. In schwerverletztem Zustande brachte man Maier in das Krankenhaus nach Sulz, wo der Bedauernswerte in der Sonntagnacht verschied ist. Er hinterläßt eine Ehefrau und ein Kind.

Freudenstadt, 25. November. Zur Gemeinderatswahl sind hier wieder wie bei der letzten Wahl vier Wahlvorschlüge eingegangen und zwar von der Kommunistischen Partei, von der Nationalsoz. Arbeiterpartei, von der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung und von der Sozialdemokratischen Partei. Diesmal hat der Christliche Volksdienst auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet und sich einen Kandidaten auf dem Vorschlag der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung gesichert. Dafür tritt die Nationalsoz. Deutsche Arb.-Partei neu auf. Die Liste der Bürgervereinigung ist alphabetisch aufgestellt; es wird also keine Persönlichkeit dabei bevorzugt.

Rottweil, 23. November. Allgemeine Teilnahme findet die Familie Lehkus, deren Sohn Wilhelm beim letzten Brande so schrecklich ums Leben kam. Es ist festgestellt, daß er mit dem Wagenführer Baisch den Tank mit Benzin füllen wollte. Während dieser eine weitere Kanne herbeiholte, entzündete sich das Benzin im Tank und verwandelte Lehkus in eine Feuerkugel. Er war erst 24 J. a.

Gärtringen, 23. November. (Unglücksfall auf dem Fußballplatz.) Am Sonntagmorgen ereignete sich auf dem Fußballplatz am Defele ein bedauerlicher Unglücksfall. Dasselbst fand ein Kreisfußballspiel zwischen dem F.V. Gärtringen und dem F.V. Sindelfingen statt, das von beiden Seiten mit großer Härte durchgeführt wurde. In der letzten Viertelstunde des Spiels wurde der Torwart Gärtringens gleichzeitig von zwei Sindelfinger Stürmern, wie derselbe den Ball gerade in seine Obhut nehmen wollte, derart hart angegangen, daß er auf die Torstange mit der linken Schulter aufschlug. Er erlitt dabei einen Bruch des linken Oberarms, was seine sofortige Verbringung ins Krankenhaus zur Folge hatte.

Oberndorf, 23. November. (Die Stadt verpachtet ihr Elektrizitätswerk zwecks Schuldentilgung.) In wiederholter Beratung hat der Gemeinderat mit allen gegen eine Stimme den Vertrag, nach welchem das hiesige städtische Elektrizitätswerk an die D.E.W. verpachtet wird, gutgeheißen. Das Werk wird auf 22 Jahre verpachtet um die Pachtsumme von 300.000 Mark. Diese Summe soll zur Tilgung von Schulden verwendet werden.

Schömberg O.A. Rottweil, 24. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl haben von 573 Wahlberechtigten 804 gleich 92 Prozent abgestimmt. Von den 799 gültigen Stimmen fielen auf Gerichtsassessor Karl Eugen Sprenger aus Schömberg 388 Stimmen; auf Julius Geiger, Verwaltungspraktikant aus Rottweil-Mistfeld 378 Stimmen; auf Verwaltungskandidat Ober-Ravensburg 28 Stimmen. Gerichtsassessor Sprenger ist somit gewählt.

Spaichingen, 24. Nov. (Zu der Oberamtsaufhebung.) Es scheint, so schreibt der „Schwarzwälder Volksfreund“, selber Tatsache zu werden, daß die kommende württembergische Notverordnung die Aufhebung der Oberämter Spaichingen und Welzheim verfügt. Die Tatsache, daß verschiedene Gemeinden von unserem Bezirk wegtröben, scheint der Regierung den Raden gestiftet zu haben, trotz allen unseren Abwehrmaßnahmen den folgenschweren Schritt zu tun.



**Stuttgart, 24. Nov. (Vom Württ. Kriegerbund.)**  
Am 25. November feiert Generaldirektor Dr. Kaiser, Vorstand der Württ. Feuerversicherungs-A.G. in Stuttgart, den Tag, an dem er vor 25 Jahren in das geschäftsführende Präsidium des Württ. Kriegerbundes eintrat. Der Ehrenpräsident des Bundes, General der Infanterie a. D. von Geroß, gedachte in einer zu Ehren des Jubilars stattgehabten Präsidialfeier der hervorragenden Verdienste, die sich Dr. Kaiser als ehrenamtlicher Sachberater erworben hat und überreichte eine Glückwunsch- und Dankadresse neben einer Ehrenurkunde.

Um die Herabsetzung der Landtagsdiäten. Der Landtag wird sich voraussichtlich am nächsten Donnerstag auch mit der Frage der Herabsetzung der Landtagsdiäten beschäftigen. Wenn dem Voranschlag des Landtagspräsidenten zugestimmt wird, so würden sich, wie der „RS-Kurier“ berichtet, die Landtagsdiäten für die in Stuttgart und im Umkreis von 20 Kilometer entfernt wohnenden Abgeordneten auf 240 RM, im Monat ermäßigten, für die im Lande wohnenden Abgeordneten auf 300 RM, monatlich. Zur Zeit erhalten die in Stuttgart wohnenden Abgeordneten 288 RM.

**Industrietarif.** Wie vom Gewerkschaftsbund der Angestellten mitgeteilt wird, ist zwischen den Angestelltenorganisationen und der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Gehälter der Angestellten in der württembergischen Industrie um weitere 5,5 Prozent gekürzt werden.

**Tübingen, 24. Nov. (Amtskörperchaftsumlage.)** Die Amtskörperchaftsumlage für das Jahr 1931. Der Hauptplan der Amtskörperchaft für das Jahr 1931. Der Hauptplan weist bei 652 000 Mark Ausgaben und 191 000 Mark Einnahmen einen Abmangel von 461 000 Mark auf (im Vorjahr 430 000 Mark), der durch Umlage zu decken ist. Die Amtskörperchaftsumlage gab ihre Genehmigung.

**Murrhardt, 24. Nov. (Zuschnell gefahren.)** Der 2 Jahre alte Emil Kern von Hall stürzte infolge zu schnellen Fahrens mit seinem Motorrad und zog sich einen schweren Schädelbruch zu, so daß der junge Mann hoffnungslos im hiesigen Krankenhaus darniederliegt.

**Böblingen, 24. Nov. (Eine Hundertjährige beklagt.)** Die hiesige Stadtverwaltung beschästigte vier Arbeiter mit der Verbringung der für die Volksküche von Erzugern gependelten Kartoffeln in einen Keller im Hause unterer ältester Bürgerin, der Witwe Kiffel. Jene vier Leute wußten, so berichtet die Tagwacht, bei dieser Arbeit nichts Besseres zu tun, als den Keller der genannten Frau zu erbrechen und sich an den dort untergebrachten Reispönden für Frau Kiffel anlässlich ihres 100. Geburtstages derart zu betrinken, daß man einen mit dem Handwagen heimtransportieren mußte.

**Gallhof, 24. Nov. (Todesurteil.)** In Mittelfischach ist am Sonntagabend der verheiratete, 52 Jahre alte Sattler und Landwirt Hubert Schaffert von Oberfontseim von seinem unbedenklichen Motorrad gestürzt. Ein Polizeiarbeiter hatte ihm das Zeichen zum Halten gegeben; er fuhr davon und stürzte in der Eile von seinem Motorrad, so daß er nach einigen Minuten im „Löwen“ wohin er verbracht worden war, verschied.

**Chrenstein O. M., 24. Nov. (Festgenommen.)** Die b. e. Als Täter bezw. Mittäter des Einbruchs in die Metzgerei Huber wurden gestern vier Personen von den Landjägerbeamten festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Ein Teil der erbeuteten 1000 Mark konnte wieder beigebracht werden, der Rest wurde in leichtfertiger Frauengeißelei veräußert.

### Bereinigung von Gemeinden u. Orten

Die Pressestelle beim Staatsministerium schreibt uns:  
In einigen Landesteilen ist über die Frage der Zusammenlegung kleiner Gemeinden eine merkbare Erregung entstanden, die nicht nur in der Presse, sondern auch in der Entstehung von öffentlichen Gesuchen und Deputationen an die Ministerien ihren Ausdruck findet. Demgegenüber ist auf folgendes hinzuweisen:

Das Gutachten der Sparkommission hat an mehreren Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, sowie zur Vereinfachung und Vereinigung der Verwaltung die Vereinigung der kleineren Gemeinden zu größeren in jeder Weise gefördert werden sollte. Das Gutachten verspricht sich von dieser Maßnahme sowohl für die Gemeinden wie für die Staatskasse einen scheinbar finanziellen Erfolg. Dementsprechend hat das Staatsministerium beschließen, die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden vermehrt anzuhängen und der Landtag hat diesem Beschluß vorbehaltlos zugestimmt. In der Folge ist dann durch die Hauskassenverordnung vom 9. Oktober 1931 der Staatsregierung, nicht etwa der Verwaltungsbehörde allein, die Ermächtigung erteilt worden, die kleineren Gemeinden im Wege der Anordnung mit anderen Gemeinden zusammenzufassen. Als Grenze, bis zu welcher schon die Größe der Gemeinde allein eine solche Vereinigung erwägenswert erscheinen läßt, wurde eine Einwohnerzahl von 300 angesetzt; darüber hinaus soll eine solche Anordnung nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht kommen. Diese Bestimmung ist nun nicht etwa so zu verstehen, daß ausnahmslos alle Gemeinden unter 300 Einwohnern verschwinden müssen. Es war vielmehr zunächst nur bei allen Gemeinden unter 300 Einwohnern in eine Prüfung in der Richtung einzutreten, ob die Vorteile, die man sich von einer solchen Zusammenlegung im allgemeinen versprechen kann, auch in jedem Einzelfall zu erwarten sind und ob in welcher Richtung und unter welchen Bedingungen etwa die Zusammenlegung einer Gemeinde bisher in Frage kommt. Lediglich mit dieser nur vorbereitenden Maßnahme sind bisher die Verwaltungsbehörden beauftragt. Sie haben dem Ministerium des Innern über sämtliche Gemeinden unter 300 Einwohnern zu berichten und müssen deshalb auch mit sämtlichen dieser Gemeinden in Verbindung treten, gleichgültig, ob im Einzelfall eine Vereinigung dieser Gemeinden ratsam erscheint oder

nicht. Erst wenn dieses ganze Material im Ministerium des Innern vorliegt, wird man sich darüber schlüssig werden können, ob und in welchen Fällen auch etwa gegen den Willen der Gemeinden eine Zusammenlegung notwendig ist, um zu dem vom Sparanlass geforderten Erfolge zu kommen. Das dabei nicht schematisch, sondern unter voller Würdigung der Verhältnisse des Einzelfalles vorgesehen wird, versteht sich von selbst und ist auch den Verwaltungsbehörden bereits ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden; überdies bietet das Gesetz durch die Zulassung verschiedener Steuerförmlichkeiten und auch durch die Rechtsform der zusammenzusetzenden Gemeinden verschiedene Möglichkeiten, eine solche Zusammenlegung mit mehr oder minder einschneidender Wirkung vorzunehmen. Vorrat ist jedenfalls zu einer besonderen Beurteilung in den Gemeinden, die von den Bezirksämtern um ihre Stellungnahme befragt sind, noch kein Anlaß und ebenso ist die Entsendung von Deputationen und die Einreichung umfangreicher Denkschriften noch verfrüht. Zunächst sollte lediglich einmal bei den Bezirksbehörden Klarheit über die tatsächlichen Gegebenheiten und über die Einstellung der Bevölkerung zu einer etwaigen Zusammenlegung geschaffen werden.

### Finanzminister Dr. Deßinger über die Finanzlage des Landes

**Vom Merckstein, 24. Nov.** Am Samstag veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei unter der Leitung von Schulrat Huber eine Versammlung, in der Finanzminister Dr. Deßinger über Rettung aus deutscher Not sprach. Er kam dabei auch darauf zu sprechen, wie sich die allgemeine deutsche Not auf das Land Württemberg ausgewirkt hat. Württemberg Land und Volk sind über, so führte der Minister nach einem Bericht der Landesregierung aus, eine der besten Ordnungszellen im Deutschen Reich gewesen. Die Arbeitslosigkeit ist in Württemberg immer noch am geringsten. Württemberg würde mit 3,5 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag auskommen. Es hat auch die niedrigste Zahl der Arbeitslosen. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß in der Staatsregierung eine von marxistischem Diktat wenig beeinflusste Finanzpolitik in den letzten 7 1/2 Jahren getrieben wurde nach dem Grundsatze: Keine Ausgabe ohne Deckung. Es wurde keine Tagespolitik getrieben und damit den Massen geschmeichelt, auch wurden die Gemeinden zum Sparen gezwungen. So konnte ein Betriebs- und Vorratskapital geschaffen, auch konnten die Staatssteuern von 8 auf 5 Prozent herabgesetzt und schließlich landwirtschaftliche Anleihen aufgebracht. Land und Volk vorwärts gebracht werden. Für den Haushalt 1931 bis 1932 war noch ein Ausfall erreicht worden, aber dann gab es Einnahmestärkungen, die die Regierung nicht verhindern konnte. Jedoch im Staatshaushalt ein Abmangel von 45 Millionen entstand, der durch die Maßnahmen im September auf 10 Millionen herabgedrückt werden konnte. Der Minister kam dann auf die Frage eines eventuellen weiteren Beamten-Gehaltsabbaues zu sprechen und erklärte, er habe in Ebingen gesagt, daß das Reich, namentlich mit Rücksicht auf die Ausfälle bei der Reichsbahn und bei der Reichspost, nicht darum herum kommen werde, vom 1. Dezember, spätestens vom 1. Januar ab, eine allgemeine Gehaltskürzung von 10 Prozent eintreten zu lassen, auf die in Württemberg die bereits eingetretene Prozentanteils Kürzung anzurechnen werden wird. Ich kann selbstverständlich nicht in den Kopf des Reichsfinanzministers hineinschauen und bitte mich, Reichspolitik in Württemberg zu treiben. Aber nach meinen Erfahrungen ist es so, daß man um diese Sache nicht herumkommt. Es werden deshalb diejenigen württ. Beamten im Lauf der nächsten Zeit anderen Einkommen werden, die noch vor sechs Wochen etwa gehabt haben. Aber Reichsbeamter mit höherer Besoldung als Landesbeamter mit höchstehendem Bruttolohn. Generell ist im Etat noch 10 Millionen. Sie müssen herbeibringen werden. Württemberg ist durch die Entwidlung der deutschen Not mit in die Katastrophe hineingezogen worden, weil es durch die Weimarer Verfassung noch viel mehr mit den Geleiten des Reiches und der Vorkriegsnot des Reiches verflochten ist. Dabei drohen Württemberg besondere Gefahren, denn die Reichsregierung nimmt auf unsere besonderen Verhältnisse keine Rücksicht. Durch die Reichsarbeitslosenversicherung fließen jeden Monat aus Württemberg Millionen hinaus in andere Länder. Genau so ist es bei der Reichsangehörigkeitsversicherung. Für unsere alte württ. Post haben wir bis jetzt 7 Millionen Mark Rückstellungen bekommen. Das Reich erreicht aus ihr 7 Millionen Mark jährlich. Was man aus Württemberg zu viel herausholt, wird in keiner Weise anzurechnen. Man nimmt keine Rücksicht auf die besonderen Schäden, den wir durch Holzeinfuhr und Hagelwetter erleiden. So haben wir vor der Gefahr, daß auch wir ausgeliefert werden. Das, was wir schaffen und erproben, verbrachten die anderen. Darüber herrscht allmählich eine furchtbare Erbitterung in unserem Land. Es wird gefordert, die Selbstständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit unseres württ. Staates zu erhalten. Darin liegt unsere Kraft und unsere Stärke, dies aber dient auch dem Reich. Der Minister betonte zum Schluß, daß man bloß mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln die deutsche Not nicht beseitigen könne. Man müsse das Rad herumdrehen, das letzte System umstellen: Los von der Erwerbslosigkeit und vom Sozialismus, dabei Rückkehr zur Nationalwirtschaft mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Rente wieder herzustellen und die Kaufkraft der Landwirtschaft zu heben. Mit der Landwirtschaft stehe und falle ein Volk.

### Aus Baden

**Weiber (bei Bruchsal), 24. November.** (Drei Brandfälle.) Vor etwa acht Tagen stelen hier zwei Scheuern einem Brand zum Opfer, dessen Entstehung nicht festgestellt werden konnte und am Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde die Anlage der Einwohnerstadt von neuem angefaßt. Während im Saal des Gasthauses „zum Hirschen“ die D.V.K. einen Ideatortabend begonnen hatte, brach in der Scheuer des Besitzers Pfesler ein Brand aus, dem die gefüllte Scheuer, das Schlachthaus und ein großer Holzschopf zum Opfer fielen. Alles brannte total nieder, da es hier an einer Wasserzufuhr mangelte und die Brandfaher Motorspritze keine Speisung findet. Rauch war überall von dem nächtlichen Feuer die Rede, als gestern mittag plötzlich die Flammen aus der großen Scheuer des Landw. Konsumvereins herauslugten. Hier lagerten an 500 Zentner Heu und Stroh, die ein solches Flammenmeer erzeugten, daß die Feuerwehr das Gebäude machtlos niederbrennen lassen mußte. Der Schaden belief sich auf rund 9000 Mark. Gegen 4 Uhr stand dann die benachbarte Scheuer des Fabrikarbeiters Hemberger in Flammen und auch diese ist total eingeeßert. Der Schaden beträgt hier gegen 3000 Mark. Nur das Wohnhaus konnte gerettet werden. Es liegt in allen drei Fällen Brandstiftung vor, wie auch beim Brand der vorigen Woche. Zwei junge Burschen sind bereits verhaftet.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Russland verzieht.** Die italienische Regierung teilt mit, daß sie keinen Antrag auf Strafverfolgung der in Konstantinopel verhafteten antifaschistischen Flieger gestellt habe und auch keinen Antrag stellen werde. Die Flieger werden sich nur wegen Fahvergehens zu verantworten haben.

**24 Tote bei einem Schiffszusammenstoß.** Infolge des Zusammenstoßes zwischen einem Personenampfer und einer Dampfschiffe bei Sumatra sind 24 Personen ums Leben gekommen.

**Doppelfelbstmord im Starnberger See.** Am Sonntag wurden bei Kempfenhausen am Starnberger See die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um den 27jährigen Kaufmann Markus Weiß und die 21jährige Studentin Lotte Scharf, beide aus Erlangen, handelt.

**Großfeuer in einem oberfränkischen Bauerndorf.** Die Ortschaft Autenhausen wurde in der Nacht zum Montag von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht, dem elf Scheunen zum Opfer fielen. Außerdem wurden zahlreiche Stallungen und viele Nebengebäude eingeeßert. Ansehend liegt vorläufige Brandstiftung vor.

**In einer Schlinge gefangen und erschossen.** In das Krankenhaus in Anklam wurde die Frau des Rittergutsbesitzers Rittmeisters a. D. von Hennigs aus Buggow im Kreise Anklam schwer verletzt eingeliefert. Frau von Hennigs wollte mit ihrem Kutscher, der Kränze trug, zum Erbegräbnis der Familie gehen. Sie schlug dabei einen schmalen Seitenpfad ein und blieb auf diesem Wege plötzlich in einer über den Weg gespannten Schlinge hängen, die ein an einem Baumstamm aufgehängtes Gewehr zum Auslösen brachte. Frau von Hennigs wurde durch einen Querschläger in den Unterleib getroffen und ist ihrer schweren Verletzung erlegen.

### Aus dem Gerichtssaal

**21 Personen wegen Ueberfalles auf Nationalsozialisten verurteilt.**

**Stade, 25. November.** Das hiesige Schöffengericht verurteilte gestern 21 Personen, die Ende Oktober d. J. von einer Versammlung in Bliersdorf kommend, Nationalsozialisten überfallen hatten, zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten.

**Zwei Schriftsteller wegen Landesverrats zu je 18 Monaten Gefängnis verurteilt.**

**Leipzig, 23. Nov.** In dem Landesverratsprozeß gegen den Herausgeber der „Weltbühne“, von Offizien, und den Journalisten Walter Kreiser als Verleger des unter Anklage gestellten Etablizitätsartikels „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ hat das Reichsgericht folgendes Urteil verkündet: Die Anklagen werden wegen Verbrechen gegen Paragraph 1 Abs. 2 des Gesetzes wegen des Verrats militärischer Geheimnisse jeder zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Sobann verkündete der Vorsitzende noch folgenden Gerichtsbescheid: Da die tatsächliche und rechtliche Würdigung des inkriminierten Artikels durch das Gericht naturgemäß nicht erfolgen kann, ohne die in Rede stehenden geheimen Nachrichten zu erwidern und zu beleuchten, hat der Senat gemäß Paragraph 17 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes beschloffen: Für die Verkündung der Urteilsurkunde wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie eine Gefährdung der Staatsicherheit bezwecken läßt. Es wird den Herren Sachverständigen des Reichswehrministeriums gestattet, der Verkündung der Urteilsurkunde beizuwohnen. Das Reichsgericht hat während der gesamten Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen und den Beteiligten Schweigepflicht auferlegt.

### Der Sklarek-Prozess

**Berlin, 24. Nov.** Zu Beginn der Verhandlung im Sklarek-Prozess wies der Vorsitzende auf die Ausstellungen an der Gutachterfähigkeit des medizinischen Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Störmer, auf das entschiedenste zurück. Medizinalrat Störmer erklärte, daß eine erneute Untersuchung Wills Sklareks eine lehrerbahnte Funktion der Leber ergeben habe. Darin liegt der Beweis, daß die Krankheit nicht absichtlich herbeigeführt worden sei. Bei der Gesamtverhandlung werde man mit einer längeren Dauer als vorgegeben rechnen müssen, da Wills Sklarek früheren Anforderungen während der nächsten Monate nicht gewachsen sei. Das Gericht beschloß, die für heute geladenen 11 Zeugen auf die nächsten drei Verhandlungstage zu verteilen und die für Donnerstag in Aussicht genommene Vernehmung des Bürgermeisters Scholz und der übrigen Ratsratsmitglieder erneut auf den kommenden Montag zu verschieben, da sie für Wills Sklarek vermutlich mit Aufregungen verbunden sein dürfte. Bei der Vernehmung des Zeugen Breitkopf, eines Lanterbuchhalters der Sklarekschen KG, kam Wills Sklarek plötzlich auf die Vernehmung von Schünning zu sprechen und erklärte äußerst aufgeregt, daß es nur den Vorhaltungen der Sklareks zu verdanken sei, wenn Schünning seinen Reineid geleistet hätte. Staatsanwaltschaftsrat Weisenberg, der in diesem Zusammenhang von Wills Sklarek angegriffen worden war, erklärte aber unter großer Bewahrung im Verhandlungssaal, daß Schünning eingeschüchtert worden sei, und daß der Rechtsvertreter Schünnings erklärt habe, Schünning werde seine Aussage nicht mehr aufrechterhalten. Daraufhin erklärte der Vorsitzende: „Das Gericht anerkennt nur die Aussage, die er hier gemacht hat. Etwas anderes ist für uns nicht in der Welt.“

### Der Lübeder Prozess

**Lübeck, 24. Nov.** Die Verhandlung im Lübeder Tuberkuloseprozess brachte wiederum sehr erregte Auseinandersetzungen zwischen Rechtsanwalt Dr. Fren und dem Verteidiger Professor Dr. Dendel. Rechtsanwalt Dr. Fren hatte abermals den Verdacht geäußert, daß dem B.G.G. um diejenen ungeschlichen aber auch unmissamen Artikel Wirksamkeit zu geben, von Dendel vielleicht humane Basillen beigemischt worden seien. Diese Anklage wurde von der Verteidigung Dendels aufs entschiedenste zurückgewiesen. Dr. Fren bekannte im Laufe der Auseinandersetzungen, die Witterung, daß er einen Antrag auf Morbanlage gegen Professor Dendel stellen wollte, sei auf ihn selbst zurückgegangen. Dr. Fren stellte anhand eines Briefes von Dr. Richtmisch fest, daß sich die Einstellung des Nebenklägers seit wesentlich geändert habe. In dem von Rechtsanwalt Dr. Fren zur Verlesung gedachten Brief des Dr. Richtmisch heißt es: „Dr. Schminke erzählte mir, daß er Sachverständiger in dem Lübeder Prozess sei und daß dieser Prozess mit einem dramatischen Aktus beginnen werde. Rechtsanwalt Dr. Fren wollte nämlich unter Beweis stellen, daß Dr. Dendel absichtlich virulente menschliche Tuberkelbazillen verabreicht habe. Ich war darüber so entsetzt, daß ich in einer schriftlich nicht wiederzusagenden dristlichen Weise antwortete.“

**Unsere Zeitung bestellen!**



dem Sinne nach etwa so: Wer auf diese wahnwitzige Idee gekommen ist! Ich wies auf die Persönlichkeit Dr. Deudes hin und erklärte, daß diese Unterstellung für jeden, der Dr. Deude kennt, indiskutabel sei. Dr. Schmitke hat also nicht von mir Auskunft über Professor Deude eingeholt, sondern ich habe mich von da an in der Abwehr eines großen Professor Deudes geplanten Antritts über die Persönlichkeit Deudes geäußert.

Die Verteilung dieses Briefes rief im Gerichtssaal große Bewenens hervor und der Oberstaatsanwalt hat nunmehr, beide Beweisanträge, sowie die Ladung des Direktors des bakteriologischen Instituts in Kiel wie auch die Ladung von Professor Dr. Lichtwirth anzunehmen.

**Mundfunk**

Donnerstag, 26. Nov.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 16.30 Uhr Vorträge: Konstantine, ein Kellnerbericht aus Marokko, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, 18.40 Uhr Vorträge: Moderne gärtnerische Kulturmaßnahmen: Bodenreinigung, 19.05 Uhr Rundfunk-Vermittlungsanlagen und Rundfunkgebäude, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 19.45 Uhr Alt-Wiener Theaterlieder, 20.15 Uhr Kineller Dienst, 20.30 Uhr Vorträge: Gros und Serus, 21 Uhr Schloßer und Senas, 21.20 Uhr Studienkonzert, 22.20 Uhr Wetter, Nachrichten.

**Handel und Verkehr**

**Wirtschaft**

Wendertour in den Landesgrundreisen. Mit Wirkung vom 1. November d. J. sind die Landesgrundreisen seitens der württ. Norddirektion für einzelne Rundreisen u. a. für Laubstammholz und Kadelholzstangen herabgesetzt worden. Die Senkung der Grundreise beträgt gegenüber 1931 beim Laubholz 10 bis 15 Prozent, bei den Kadelholzstangen etwa 15 Prozent. Die Grundpreise für Kadelholz und Kadelholz sind unverändert geblieben.

**Stärke**

Altensteig, 25. November. (Vieh- und Schweinemarkt.) Dem gestrigen Viehmarkt waren zugeführt 22 Kühe, Preis pro Stück 150-350 M., 15 Kalbinnen, Preis pro Stück 300-400 M., 16 St. Jungvieh, Preis pro Stück 80-280 M., 26 Paar Ochsen.

Preis pro Paar 600-800 M. — Dem Schweinemarkt waren zugeführt 149 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 15 bis 32 M., 12 Paar Ferkel, Preis pro Stück 20-35 M. Handel beim Kindvieh gedrückt, bei den Schweinen mittelmäßig. — Der Krämermarkt war von Händlern und Käufern sehr gut besucht, jedoch machte sich die Geldknappheit sehr bemerkbar.

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 24. Nov.**

Zugvieh: 44 Ochsen, 28 Bullen, 347 Jungbullen, 505 Rinder, 308 Kühe, 1677 Kälber, 2290 Schweine, 24 Schafe, 1 Aeng. Ueberfaut: 10 Junabullen, 80 Junarinder, 100 Schweine. Ochsen: ausgem. 30-33 (31-33), vollfl. 26-29 (27-30), fl. 22-25 (23-26). Bullen: ausgem. 23-24 (22-24), vollfl. 21-23 (20-21), fl. 18-20 (19-20). Jungrinder: ausgem. 32-36 (unv.), vollfl. 26-30 (unv.), fl. 22-25 (23-25). Kühe: ausgem. 23-26 (24-26), vollfl. 18-21 (18-22), fl. 12-16 (12-17), ger. 9-11 (unv.). Kälber: feinste Rast- und beste Sauaf. 34-37 (35-38), mittl. 31-33 (32-34), ger. 25-29 (27-30). Schweine: von 240-300 Pfd. 48-49 (46-47), von 200 bis 240 Pfd. 45-47 (44-46), von 160-200 Pfd. 41-43 (unv.), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. 38-41 (38-40). Schafe 32-42 (31-41). Verkauf: Großvieh, Kälber mäßig, feine Schweine beschr. Ionit lamaiam.

Viehpreise. Kälber: Kühe 130-200, Kalbinnen 350-380, Rinder 100-110, Pferde 800-1000 M. — Ravensburg: Rinder 80-250, Kühe 180-300, Kalbinnen 240-400 Markt. Viehmarkt auf dem Wilhelmplatz, Zufuhr 200 Zentner, Preis 3-3.20 Markt für 1 Zentner.

Forzheimer Schlachtviehmarkt vom 23. November. Aufgetrieben waren 545 Tiere, und zwar 4 Ochsen, 15 Kühe, 54 Rinder, 34 Ferkel, 43 Kälber, 306 Schweine. Marktverkauf: Großvieh schleppend, Kleinvieh mäßig belebt. Ueberstand: 11 Stück Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1, 2, 3, 4, 2, 28-31, Ferkel 1, 2, 2 und 3, 24-29, Kühe 1, 2, 2 und 3, 20-12, Rinder 1, 35-36, 2, 31-33, Kälber 2, 37-40, 3, 34-36, Schweine 2 und 3, 47-48, 4, 44-46.

**Getreide**

Berliner Produktenbörse vom 24. Nov. Weizen märk. 225 bis 228, Futterweizen 208-210, Sommerweizen 228-231, Roggen märk. 199-201, Straarste 165-175, Futter- und Industrieerle 160-164, Hefer märk. 145-150, Weizenmehl 28.25-32.25, Roggenmehl 27.15-29.50, Weizenkleie 10.25-10.75, Roggenkleie 10.50-11, Weizen 23-30, Viktoriaerbsen 25-28, kleine Sojabohnen 17-20, Futtererbsen 17-19. Allgemeine Tendenz: matter.

**Konurse**

Heinrich Wagner, Installationsgeschäft in Bermatingen. Miriam Scholler, Verwalterin im israelitischen Landesamt in Sonthelm. Firma Paul Käufler, Manufakturwarengeschäft in Calw.

**Humor**

Aufgehobene Kache. Fritz hat wegen seiner großen Anzogenheit vom Kaiser Prügel bekommen. Als dieser wieder aus dem Zimmer geht, ruft Fritz ihm zornig nach: „Warte nur, Vati, das wird sich noch an deinen Enkeln rächen!“

**Legte Nachrichten**

Die Resolution des Völkerbundsrates — Zustimmung Japans — Chinesische Vertagungswünsche

Paris, 24. November. In Völkerbundsratskreisen wird versichert, daß die japanische Delegation aus Tokio eine Antwort auf ihre Bitte um Instruktionen erhalten habe. Diese Instruktionen sollen, abgesehen von einigen Vorbehalten im einzelnen, die japanische Delegation ermächtigen, im großen und ganzen dem Resolutionsentwurf des Völkerbundsrates zuzustimmen. Heute abend wird allerdings erklärt, daß die für morgen vormittag vorgesehene Zusammenkunft des Zwölferrates wahrscheinlich verschoben werden dürfte, da die chinesische Delegation das Völkerbundssekretariat benachrichtigt habe, daß sie nicht in der Lage sein werde, noch heute abend dem Völkerbundsrat die neue Note zu übermitteln, die sie aus Nanjing erhalten habe.

**Gestorben**

Calw: Katharine Grünwald geb. Schulz. Dornstetten: Hans Meier, Schneider, 31 Jahre alt. Hallwangen: Wilhelm Sailer jr., „Grünen Baum“.

**Wetter für Donnerstag**

Der Einfluß des östlichen Hochs nimmt ab. Für Donnerstag ist mehr bedecktes und unbeständigeres Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Martinsmoos. **Todes-Anzeige.** Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater **Joh. Friedrich Seeger** im Alter von 85 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Georg Seeger.** Beerdigung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

**Der Hamlet von Laibach** von **F. XAVIER-KAPPUS**. Die Geschichte einer Rache, die die Leidenschaft eines „jugendlichen Liebhabers“ benutzt, um alte Schuld zu quittieren! Als neuestes Gelbes Ullsteinbuch für 1 Mark erhältlich bei der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

**Auktion** gegen bar am Samstag, den 28. November 1931, vorm. 10 Uhr **Ueberzählige Möbel, Betten, Hausrat** Berneck, Schloß.

**Bevor Sie eine Nähmaschine kaufen** empfiehlt sich die Besichtigung meines Lagers in **Pfaff- und Naumann-Nähmaschinen**. Sie kaufen Nähmaschinen bei mir in bester Qualität und zu den billigsten Preisen bei günstigen Zahlungsbedingungen. Volle Garantie für Qualität und Leistungsfähigkeit. Unterricht in Stopfen und Sticken gratis. Besichtigung und Vorführung ohne jeden Kaufzwang. **Paul Schaupp, Altensteig** Schlosserei und Maschinenhandlung.

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin **Margarete Pfeifle** geb. Pfeifle, Witwe erfahren durften, sagen wir hier mit unsern aufrichtigsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrverweser Lochmaier für die trostreichen Worte am Grabe, dem Gesangverein für den erhebenden Grabgesang, ferner für die vielen Kranzspenden, sowie allen, die die liebe Verstorbene zur letzten Ruhestätte begleitet haben. **Göttelfingen, den 24. November 1931.** Die trauernden Hinterbliebenen.

**Böfingen.** Unterzeichneter nimmt eine **Wiederwahl als Gemeinderat nicht mehr an** **Christian Rothfuß.** **Mädchen sucht Stelle** in Haus- und Landwirtschaft. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes. **Von morgen ab fettes Rindfleisch** das Pfund zu 55 M., von 5 Pfd. ab zu 50 M. zu haben **Brenner b. Waldhorn.**

**Alle Holzformulare** liefert für Gemeinden und Private die **W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig.** **KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM** **Elektrisches Bügeleisen 550** 3 kg schwer, mit Dampfenhöhe, Aufstellvorrichtung und Zuleitung, VDE-Prüfschein, 2 Jahre Garantie. 42 Inseratenform geschloß.

**Trauer-Karten Trauer-Briefe** liefert rasch und billig die **W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig**

**Suche auf 1. Januar oder Februar eine Drei-Zimmer-Wohnung** Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes. **Burger Schweizerstumpen** bekannteste Qualitäts-Marken in rund und gepreßt Banerole 10 M im Groß- und Kleinkauf bei **Chr. Burghard jr. Altensteig**